

Stellungnahme des CHE

zur Drucksache 17/14074

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4429

A15

„NRW braucht eine Personaloffensive
für mehr Bildungsgerechtigkeit“

(Antrag der Fraktion der SPD)

Stellungnahme für den Ausschuss
für Schule und Bildung des Landtages
Nordrhein-Westfalen

Oktober 2021

CHE
Centrum für
Hochschulentwicklung

Hintergrund & Einordnung

Die Fraktion der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag kritisiert, die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung des Lehrer*innenmangels in Nordrhein-Westfalen hätten sich als „nicht wirksam“ erwiesen (S. 1). Sie schlägt daher in ihrem Antrag eine „Personaloffensive für mehr Bildungsgerechtigkeit“ vor.

Die vorliegende Stellungnahme nimmt auf Bitten des Landtags Stellung zum Antrag, konzentriert sich dabei aber auf **ausgewählte Aspekte**.

Stellungnahme zu ausgewählten Aspekten

Quantifizierung des Lehrkräftebedarfs

*Die Fraktion der SPD beziffert den Lehrkräftebedarf in Nordrhein-Westfalen unter Bezugnahme auf Angaben der Landesregierung auf ca. 164.425 Stellen im Schuljahr 2021/2022 (S. 1). Angesichts steigender Schüler*innenzahlen sei laut Prof. Klemm davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2025 mindestens 26.300 Absolvent*innen allein für das Grundschullehramt fehlen (S. 2 / 4). Neben Lehrkräften für das Berufskolleg sei insbesondere der Mangel bei MINT-Lehrkräften eklatant (S. 2). Es bestehe die Befürchtung, dass bis 2030 25.900 der zu besetzenden Stellen unbesetzt bleiben könnten (S. 2 / 4). [Diese Zahlen beziehen sich jedoch auf ganz Deutschland, nicht nur auf Nordrhein-Westfalen.]*

Das CHE teilt die Auffassung, dass sich in den nächsten zehn Jahren insbesondere für die Grund- und Berufsschulen sowie für MINT-Fächer schulformübergreifend der Fachkräftemangel verschärfen wird. In einer Studie im Auftrag der Telekom Stiftung, die sich mit der Lehrkräftesicherung in MINT-Fächern in Nordrhein-Westfalen beschäftigt hat, geht Prof. Klemm davon aus, dass in zehn Jahren nur noch 34 Prozent

der neuen MINT-Lehrkräfte voll ausgebildet sein werden, d.h. ein Lehramtsstudium mit anschließendem Referendariat vorweisen können. Bei Lehrkräften für Technik geht die Studie von einem einstelligen Prozentsatz aus.

Für das Grundschullehramt übersteigt der bundesweite Neueinstellungsbedarf das Angebot an Absolvent*innen bei weitem. Bundesweit liegt der Neueinstellungsbedarf allein im Grundschullehramt (im Jahr 2025 fehlen laut Zahlen der Bertelsmann Stiftung 26.300 Lehrkräfte) über der Gesamtzahl an Absolvent*innen für alle Lehrämter insgesamt (weniger als 25.000 im Jahr 2019 laut Statistischem Bundesamt).

Lehrkräftemangel ist real – und hat Folgen

Diese **Prognosen sind dramatisch**, insbesondere für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen. Wird jetzt nicht effizient gegengesteuert und die dramatische Entwicklung zumindest abgeschwächt, können Kompetenzen in wichtigen Grundlagenfächern wie Mathematik und weiteren MINT-Zukunftsfächern bei den Schüler*innen nicht mehr verlässlich sichergestellt werden.

Ohne Quer- und Seiteneinsteiger*innen wird es nicht gehen. Um dabei einer Deprofessionalisierung des Lehrberufes entgegenzuwirken, ist es (s.u.) entscheidend, flexible Qualifizierungsmodelle jenseits der traditionellen Lehramtsausbildung zu etablieren. Nordrhein-Westfalen braucht Quereinsteiger*innen, aber gut qualifizierte. Anders ausgedrückt: **Die Besetzung von Stellen ist nur eine Seite der Medaille, ebenso entscheidend ist die Qualifikation der Lehrpersonen.**

Ausbau der Studienplätze

Die Fraktion der SPD fordert eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für das Lehramt der Grundschule und für Sonderpädagogik (S. 5).

Grundsätzlich unterstützt das CHE die Forderung, ausreichend Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen und für Sonderpädagogik zu schaffen, diese Maßnahme allein wird jedoch nicht für ausreichende Absolvierendenzahlen sorgen.

Etwa ein Drittel der Studiengänge für das Grundschullehramt und 45 Prozent der Studiengänge für Sonderpädagogik sind derzeit in Nordrhein-Westfalen noch mit einem NC belegt, so dass die Nachfrage das Angebot aktuell noch an vielen Hochschulen übersteigt. Angesichts des weiterhin hohen Bedarfes an Grundschullehrkräften und Sonderpäda-

gogen wäre es insofern essenziell, dass in diesen Bereichen **jede/r Studieninteressierte tatsächlich auch ein Studienangebot in diesen Studiengängen erhält**. Das CHE plädiert dafür, in Nordrhein-Westfalen an den

Bei Mangel-Lehrämtern auf NC verzichten!

Studiengängen, die auf das Lehramt der Grundschule und für Sonderpädagogik zielen, auf einen NC zu verzichten – entsprechend müsste die benötigte Anzahl an Studienplätzen sichergestellt (und landesseitig finanziert) werden.

Dieser Schritt ist notwendig, jedoch nicht hinreichend, denn **nicht jeder vergebene Studienplatz führt auch zu einer/einem Lehramtsabsolvierenden bzw. zu einer Lehrkraft**. Inwieweit ein Ausbau der Studienplätze im Grundschullehramt und im Lehramt für Sonderpädagogik – der ja in der laufenden Legislaturperiode an den nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits erfolgte – tatsächlich zur Lehrkräftegewinnung beiträgt, bleibt mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

Das Beispiel Berlin zeigt derzeit eindrücklich, dass es nicht ausreicht, einfach nur mehr Studienplätze zu schaffen und Zielvorgaben für zu erreichende Absolvent*innenzahlen festzuschreiben: Von den 2.000 angestrebten Lehramtsabsolvent*innen pro Jahr wurden 2019 weniger als 900 mit der 1. Staatsprüfung aus den Universitäten entlassen, das Ziel wurde also grob verfehlt.¹

Die Schwundquoten in den Lehramtsstudiengängen sind teilweise sehr hoch. Laut einer Studie der Universität Rostock aus dem Jahr 2019, die für die beiden Universitäten Rostock und Greifswald untersucht hat, wie hoch die Schwundquoten in den Lehramtsstudiengängen in Mecklenburg-Vorpommern liegen, ist von einem Schwund von deutlich über 50 Prozent auszugehen, beim Lehramt für die Sekundarstufe I sogar von über 70 Prozent.

In Mecklenburg-Vorpommern wird das Lehramt auf Staatsexamen studiert, so dass die Ergebnisse sich nicht eins zu eins auf Nordrhein-Westfalen übertragen lassen. Bedenkt man jedoch, dass die Bachelor-

In Mangel-Lehrämtern ist Überhang an Studienanfänger*innen nötig!

studiengänge mit Lehramtsoption, wie sie flächendeckend in Nordrhein-Westfalen angeboten werden, polyvalent sind, d.h. auch den Weg in einen fachwissenschaftlichen Masterstudiengang eröffnen, so bietet sich in Nord-

rhein-Westfalen sogar ein strukturell angelegter Exit-Point nach dem Bachelorstudium. Selbst wenn in Nordrhein-Westfalen bislang die Schwundquoten noch nicht in dem Detail erforscht wurden wie in Mecklenburg-Vorpommern, so ist doch sehr stark davon auszugehen, dass es einen **deutlichen Studienanfängerüberhang** bräuchte, damit am

¹ <https://www.news4teachers.de/2021/08/in-berlin-hat-nur-noch-jeder-fuenfte-neue-grundschullehrer-auf-lehramt-studiert/>.

Ende auch nur annähernd so viele Absolvent*innen die Universität mit einem Lehramtsabschluss verlassen, wie an den Schulen gebraucht werden. Die Erhöhung der Studienplätze kann also nur ein Weg sein, der aber von weiteren Maßnahmen begleitet werden muss – etwa Recruiting-Kampagnen und der Schaffung weiterer Entry-Points (s.u.).

Senkung des Studienabbruchs

Die Fraktion der SPD schlägt vor, den Studienabbruch von Lehramtsstudierenden in den MINT-Fächern an den Universitäten durch „spezifische Studienangebote für das Lehramt, fachspezifische Beratung und Fördermaßnahmen der Fachbereiche“ zu senken, flankierend sollten zwischen Hochschulen und Land freiwillige Zielvereinbarungen Anreizsysteme und finanzielle Fördermaßnahmen vorsehen (S. 5).

Zahlen des Monitor Lehrerbildung aus dem Jahr 2020 zeigen deutlich, dass insbesondere im Lehramt für die Sekundarstufe II, also für Gymnasien und Berufsschulen, nur wenige Lehrveranstaltungen speziell für das Lehramt angeboten werden.² Studienergebnisse deuten darauf hin, dass die hohen fachlichen Anforderungen der polyvalenten Bachelorstudiengänge, die inhaltlich eher auf eine wissenschaftliche Karriere vorbereiten, unverknüpft mit dem angestrebten Berufsziel, also ohne Berücksichtigung der Lehramtsspezifik, nicht selten zu einer Umorientierung der Studierenden führen.³

Lehramtsspezifische fachwissenschaftliche Studienangebote ausbauen!

Das CHE unterstützt daher die Forderung der SPD-Fraktion, **lehramtsspezifische fachwissenschaftliche Studienangebote** auszubauen. Der Schulunterricht ist ein anderer Anwendungsbereich als die Tätigkeit in der

wissenschaftlichen Forschung und Lehre und in der Schulmathematik werden beispielsweise andere Inhalte und andere Schwerpunkte gelehrt als in der universitären Mathematik. Die fachwissenschaftlichen Studieninhalte des Lehramtsstudiums sollten daher stärker als bisher an den Inhalten des Schulcurriculums orientiert sein.

Dabei gibt es auch bereits erste wissenschaftliche Erkenntnisse, die darauf hindeuten, dass es die Schülerzentrierung des späteren Unterrichts

² <https://www.monitor-lehrerbildung.de/web/diagramm/hsfrage32>.

³ <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-22507-0>, S. 60 ff.

verbessert, wenn statt wissenschaftsorientierter Fachvorlesungen, wie sie derzeit noch häufig in den fachwissenschaftlichen Studienbereichen des Lehramtes vorkommen, eher **schulrelevantes Fachwissen** vermittelt wird.⁴

Ursachen für Abbruch und Schwund erforschen und beseitigen!

Wie dargestellt, liegen für Nordrhein-Westfalen keine aktuellen und verlässlichen Zahlen zur Schwund- und Abbruchquote lehramtsbezogener Studiengänge vor. Aus Sicht des CHE ist es dringend anzuraten, landesspezifisch **Ursachen für Umorientierung, Abbruch und Wechsel valide zu erheben**. Die Ergebnisse einer solchen Erhebung ermöglichen ein gezielteres Gegensteuern und eine höhere Verbleibe-, Abschluss- und Übergangsquote.

Bedarfsorientierte Steuerung

*Die Fraktion der SPD fordert, angesichts eines Überangebots von grundständig ausgebildeten Lehrkräften im Bereich der Sekundarstufe II (Lehramt für Gymnasien und Gesamtschule) und eines Mangels an Lehrkräften im Bereich der Sekundarstufe I (Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen, Sekundarstufe I der Gesamtschulen) müssten **Lehrkräfte aus der Sek. II ohne Festeinstellung „flexibel“ der Sek. I „zugeführt“ bzw. „zugewiesen werden“** (S. 3). Dies mindere Unterrichtsausfall und fachfremden Unterricht und erhöhe die Bildungschancen der dortigen Schüler*innen.*

Das CHE unterstützt prinzipiell Maßnahmen, die zu einer größeren Flexibilität im Lehramt und zwischen den Schulformen führen. (Zu beachten ist jedoch, dass Lehrkräfte für die Sekundarstufe II auch nicht in allen Fächern im Überfluss vorhanden sind!)

Fachfremden Unterricht nicht einfach durch schulartfremden ersetzen!

Fachfremden Unterricht aber lediglich durch schulartfremden zu ersetzen, überzeugt als Lösungsansatz nicht. Sollten für die Sekundarstufe II ausgebildete und nicht festangestellte bzw. arbeitslose Lehrkräfte dauerhaft schulartfremd an einer Schule der Sekundarstufe I, noch dazu in einem sozialen Brennpunkt mit Personalproblemen, eingesetzt werden, so müssen sie **berufsbegleitend weiter professionalisiert** werden. An einer

⁴ <http://phydid.physik.fu-berlin.de/index.php/phydid-b/article/view/1123/1213>.

Haupt- oder Realschule sind Lehrkräfte in der Regel mit einer größeren Heterogenität der Schüler*innen und einer höheren Inklusionsquote konfrontiert. Die Lehramtsausbildung der beiden Schulformen ist aber inhaltlich nicht gleich, entsprechende Studienanteile sind im gymnasialen Lehramt deutlich geringer.⁵

Diese unterschiedlichen Herausforderungen bedürfen einer hohen Motivation der anders einzusetzen Lehrkräfte – für einen erfolgreichen Einsatz ist daher die **Freiwilligkeit eine wichtige Voraussetzung**. Das Wording „zuweisen“ und „zuteilen“ im Antrag der SPD-Fraktion könnte so interpretiert werden, dass persönliche Wünsche und Anforderungen eine untergeordnete Rolle spielen sollen – das wäre fatal.

*Die Fraktion der SPD fordert, die Stellenvergabe und -zuweisung von Lehramtsabsolvent*innen „der Wirklichkeit anzupassen“ (S. 4): „Grundschulen, Förderschulen und Schulen in benachteiligten Regionen“ sollten über das „Listenverfahren“ bevorzugt die vorhandenen Lehrkräfte zugewiesen bekommen; insbesondere „Schulen in besonders herausfordernden Stadtteilen“ sollten über einen „Sozialindex und mehr Stellen“ bevorzugt werden (S. 3f).*

Wahlmöglichkeit für Absolvent*innen erhalten!

Aus dem Antrag der SPD-Fraktion geht nicht hervor, was mit „bevorzugt“ gemeint ist. Sollte es hierbei um ein reines Zuweisungsprinzip ohne Mitsprachemöglichkeit der Absolvent*innen gehen, stellt sich die Frage, ob

eine solche Praxis, wenn sie flächendeckend für Grund-, Förder- und Brennpunktschulen aller Art eingeführt wird – wie es beabsichtigt scheint – nicht dem Vorhaben zuwiderläuft, den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Ein Wegfall der Wahlmöglichkeit für Absolvent*innen zugunsten eines zentralen Vergabeverfahrens, noch dazu an Schulformen, an denen ohnehin Fachkräftemangel herrscht, erschiene nicht überzeugend. Schule und Kollegium müssen am Ende zueinander passen und sollten **nicht zentral zusammengewürfelt** werden.

Grundsätzlich teilt das CHE jedoch durchaus die Auffassung, dass ohnehin bereits privilegierte Schulen nicht nach dem Matthäusprinzip überproportional von Stellenbesetzungen profitieren sollten und ge-

⁵ Es existieren von verschiedener Seite, etwa bei der GEW Bayern, Überlegungen, eine Art schulformunabhängige Einheitsausbildung für Einheitslehrkräfte einzuführen. Das CHE ist von diesem Ansatz nicht überzeugt. Solange es differenzierte Schularten gibt, an denen unterschiedlich gelehrt und gelernt wird, ist es kein überzeugender Ansatz, die Lehrerbildung zu vereinheitlichen.

rade Schulen mit besonderen Herausforderungen auch besonders geeignete Lehrkräfte benötigen. Offen bleibt aber die Frage, wo hier **Steuerung ansetzen kann, ohne die Eigenmotivation der Absolvent*innen/Lehrkräfte zu beschädigen.**

*Die SPD konstatiert, angehende Studierende für den Lehrerberuf bevorzugten das Lehramt für die Schulform, die die beste Besoldung und eine geringere Unterrichtsstundenverpflichtung biete. Das sei ein entscheidender Grund für den Lehrkräftemangel an Grund-, Förder-, Haupt- und Realschulen. Daher müsse in Nordrhein-Westfalen (wie in Brandenburg und Berlin für die Grundschullehrkräfte bereits erfolgt) die **Besoldung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulform** auf A 13 erfolgen (S. 2 / 5). Lehrkräfte, die sich für eine längere Zeit zu einem Einsatz in Schulen in herausfordernden Stadtteilen verpflichten, müsse, so die Fraktion der SPD, eine deutlich höhere **Zulage** gezahlt werden als zurzeit (S. 4).*

Das CHE unterstützt grundsätzlich die Angleichung der Besoldung für Lehrkräfte aller Schulformen auf dem Niveau A 13 (wobei unseres Wissens die Sonderpädagog*innen in Nordrhein-Westfalen bereits nach A 13 bezahlt werden, sie erhalten jedoch keine Zulage⁶). Die Annahme allerdings, dass sich angehende Studierende bevorzugt für das Lehramt mit der höchsten Besoldung und der geringsten Unterrichtsverpflichtung entscheiden, ist aus Sicht des CHE empirisch nicht belegt.

Lehramtsstudierende nehmen zum größten Teil aus **intrinsischer Motivation** ein Studium auf, wobei bei den Lehrämtern der Grund-, Förder-, Haupt- und Realschulen das pädagogische Interesse überwiegt und bei Studierenden des gymnasialen oder beruflichen Lehramtes das fachliche Interesse.⁷ Wenngleich es einen Teil der Studierenden geben mag, die ihre Entscheidung für einen Studiengang auf den zukünftige Verdienstaussichten basieren, so dominieren laut Studien die intrinsischen Faktoren.

⁶ <https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/Besoldung%20bei%20C3%9Cbernahme%20in%20den%20Schuldienst%20im%20Beamtenverh%C3%A4ltnis%20ab%201.1.2021.pdf>.

⁷ Retelsdorf, Jan und Jens Möller (2012): Grundschule oder Gymnasium? Zur Motivation ein Lehramt zu studieren. Zeitschrift für Pädagogische Psychologie 2012 26:1, 005-017.

Monetäre Anerkennung wichtig, aber Wirksamkeit als Steuerungsansatz fraglich

Folglich teilt das CHE nicht die Annahme, dass eine höhere Besoldung der Lehrämter für die Grundschule und die Sekundarstufe I automatisch signifikant mehr Studierende in diese Studiengänge und zu einem Abschluss bringen würde. **Entscheidend ist es, die richtigen Interessierten mit einem hohen Maß an intrinsischer Motivation anzuziehen.**

Gleiches gilt für den Ansatz, höhere Zulagen an Lehrkräfte zu zahlen, die sich verpflichten, an Schulen in herausfordernden Lagen zu arbeiten. Geld bedient immer nur die extrinsische Motivation. Wenngleich monetäre Anerkennung sicherlich ein Zeichen der Wertschätzung und durchaus wünschenswert ist, so ist ihre Wirkung **als Steuerungsinstrument noch nicht hinreichend geklärt**, wie ähnliche Versuche in anderen Bundesländern gezeigt haben.⁸

Beim Übergang vom BA zum MEd individuelle Reflexion unterstützen!

Aus Sicht des CHE erscheint es zielführender, am Übergang zum Master of Education steuernd eingreifen und insbesondere an den Übergängen vom Bachelor zum Master eine **Überprüfung der Passung** vorzunehmen und die Lehramtsinteressierten entsprechend zu

beraten. Absolvent*innen eines lehramtsbezogenen Bachelorstudiums sollte vor Aufnahme des Masterstudiums noch einmal die Option eröffnet werden, die angestrebte Schulform zu wechseln und beispielsweise von einem bisher auf das Gymnasium ausgerichteten Lehramtsstudium in einen Master of Education für ein anderes Lehramt überzugehen.

Durch eine **Flexibilisierung der Lehrerbildung am Übergang vom Bachelor zum Master** in Form eines Zugangs für Absolvent*innen fachbezogener Bachelorstudiengänge könnten innerhalb von nur zwei Jahren neue, gut qualifizierte Referendar*innen in diesen Fächern zur Verfügung stehen.

⁸ <https://www.pnn.de/brandenburg/berlin-besonders-viele-quereinsteiger-anbrennpunktschulen/24863474.html>.

Flexible Entry-Points

*Die Fraktion der SPD sieht in **der stärkeren „Nutzung der BA/MA-Stufung im Lehramtsstudium“** (S. 2) ein Potential, zusätzliche Lehrkräfte für stark nachgefragte Lehrämter zu gewinnen. Der flexible Übergang im Studienverlauf von einem stärker fachwissenschaftlich orientierten Bachelor in verschiedene Masterstudiengänge für Lehrämter sollte forciert werden (S. 2f).*

Zusätzliche Einstiegsunkte installieren!

Im Lehramtsstudium existieren mehrere Exit-Points, vor allem die Übergänge vom BA zum MEd oder vom Master ins Referendariat. Das CHE begrüßt daher die Forderung der SPD-Fraktion, als Ausgleich **mehr und flexiblere**

Entry-Points zu schaffen – auch schon während der Studienphase. Insbesondere in den MINT-Fächern für die Sekundarstufe II könnte dies eine aussichtsreiche Option sein. Die fachlichen Studienanteile sind in diesem Lehramt ohnehin sehr hoch, so dass etwaig fehlende didaktische und bildungswissenschaftliche Studienanteile, die im Bachelorstudium nicht belegt wurden, in einem speziell darauf zugeschnittenen Masterstudiengang nachgeholt werden können.

Als Vorbild könnten hier die Q-Master-Studiengänge an den Berliner Universitäten dienen, die in den derzeit laufenden Evaluationen (an der FU Berlin wird gerade der Q-Master für das Mangelfach Physik evaluiert⁹) gute Ergebnisse und nur sehr geringe Kompetenzunterschiede von Q-Master-Studierenden und traditionellen Lehramtsstudierenden zeigen.¹⁰ Die Berliner Studiengänge orientieren sich inhaltlich an den Standards der KMK, so dass Absolvent*innen der Q-Master traditionell ausgebildeten Lehrkräften mit Absolvieren der 2. Staatsprüfung gleichgestellt sind. Ein ähnliches Modell gibt es seit kurzem auch in Baden-Württemberg, wo Absolvent*innen eines fachwissenschaftlichen Bachelorstudiengangs in Physik und Informatik ohne bildungswissenschaftliche Studienanteile direkt in den Master of Education übergehen können.¹¹

Entscheidend wäre dabei, dass die Absolvent*innen fachbezogener Bachelorstudiengänge einen Master of Education aufnehmen können, bei

⁹ https://www.gdcp-ev.de/wp-content/tb2021/TB2021_649_Ghassemi.pdf.

¹⁰ <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/studie-dirk-richter-christin-lucksnat-quereinsteiger-sind-besser-als-ihr-ruf/>.

¹¹ <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/mathematisch-naturwissenschaftliche-fakultaet/fachbereiche/physik/studium/studiengaenge/med-quereinsteig-lehramt-gymnasium-informatik-physik-mathematik/>.

dem fehlende lehramtsbezogene Studienanteile aus dem Bachelorstudium Gegenstand des MEd-Curriculums sind und nicht aufwändig und unter Zeitverlust nachstudiert werden müssten.

*Über das Programm der OBAS („Ordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und der Staatsprüfung“) hinaus sollten, so die Forderung der SPD-Fraktion, **Studiengänge für den Seiteneinstieg** angeboten und vom Land finanziert werden (S. 3). Schulen, die Seiteneinsteiger*innen ausbilden, soll die „verkürzte Unterrichtsverpflichtung“ der Seiteneinsteiger*innen gutgeschrieben werden (S. 3).*

Seiteneinsteiger*innen strukturiert qualifizieren – und nicht ausbremsen!

Das CHE unterstützt ausdrücklich die Forderung, **strukturierte Programme zur Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen** aufzulegen. Mit dem Programm OBAS existiert in Nordrhein-Westfalen auch bereits ein strukturiertes

Modell, das jedoch als Auflage vorhandene Studienleistungen in zwei lehramtsaffinen Fächern vorschreibt. Es gilt, alternative Modelle anzubieten, die nach Absolvieren aller Qualifizierungsstufen, z.B. dem zusätzlichen Studium eines zweiten Unterrichtsfaches, ebenfalls zu einer dauerhaften Einstellung in den Schuldienst führen können. Aktuell haben Seiteneinsteiger*innen, die nicht die Auflagen der OBAS erfüllen, in Nordrhein-Westfalen keine Aussicht auf eine Verbeamtung. Ein Zweiklassen-Lehrerzimmer sollte langfristig überwunden und nicht durch feste Strukturen fortgeschrieben werden.

*Die Fraktion der SPD fordert angesichts eines gravierenden Mangels an Berufskolleglehrkräften die Zulassung eines **Ein-Fach-Lehramts** für die beruflichen Fachrichtungen im Lehramtsstudium für das Berufskolleg (S. 3) und für die MINT-Fächer (S. 5). Dies würde Absolvent*innen eines (polyvalenten) fachwissenschaftlichen Bachelors (z.B. von Ingenieursstudiengängen) der Universitäten und Fachhochschulen einen Einstieg in einen Master of Education ermöglichen.*

Ein-Fach-Lehrkräfte ermöglichen!

Das CHE unterstützt die Forderung der SPD-Fraktion, die Lehramtsoption auch für Absolvent*innen eines Ein-Fach-Bachelorstudiengangs der beruflichen Fachrichtungen zu ermöglichen und weiter zu verbreiten.

Allerdings besteht die Option, als Absolvent*in eines polyvalenten Bachelorstudiengangs einer Fachhochschule einen Master of Education an einer Universität aufzunehmen, bereits jetzt und hat sich als Modell auch in Nordrhein-Westfalen bewährt.

Vor allem in den gewerblich-technischen Fächern werden hier eng verwandte Fächerkombinationen studiert, z.B. Maschinenbau und Fahrzeugtechnik, so dass dieser Übergang nahe liegt und funktioniert.

Aus dem Antrag geht in der jetzigen Fassung nicht hervor, ob ein ähnliches Modell ganz allgemein für die MINT-Fächer gefordert wird oder ob nur das Masterstudium für Absolvent*innen eines Ein-Fach-Bachelors geöffnet werden soll mit der Auflage, während des Masterstudiums noch ein zweites Unterrichtsfach zu studieren.

Grundsätzlich unterstützt das CHE den Vorschlag, von der Zwei-Fach-Regelung abzuweichen, allerdings müssten dann auch die **Auflagen für Quer- und Seiteneinsteiger*innen**, die eines dieser Mangelfächer studiert haben, fallen. Denn das fehlende zweite Unterrichtsfach ist häufig der Grund, warum Bewerber*innen für den Quer- und Seiteneinstieg nicht in Frage kommen. Gleiches gilt für ausländische Lehrkräfte, die sich ihre Qualifikation häufig in Deutschland nicht voll anerkennen lassen können, weil in den meisten anderen Ländern nicht zwei Fächer im Lehramt studiert werden müssen.¹²

Multiprofessionelle Teams

*Die Fraktion der SPD fordert etwas unspezifisch die Einstellung „weiteren pädagogischen Personals“ aus nicht genutzten Haushaltsmitteln für unbesetzte Lehrer*innenstellen (S. 6). Dieses (ursprünglich nicht für das Lehramt ausgebildet) soll „durch gezieltes Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote“ qualifiziert werden (S. 5).*

Das CHE teilt die Auffassung der Fraktion der SPD, dass Lehrkräfte ohne praxisorientierte Aus- und Fortbildung keinen Unterricht erteilen sollten.

Weitere pädagogische Berufe gezielt für den Schulalltag professionalisieren!

Nichtsdestotrotz ist der Einsatz von weiteren pädagogischen Berufsgruppen, insbesondere an Ganztagschulen, ein wichtiger Baustein für gute Schulqualität. Das CHE spricht sich deshalb dafür aus, dass angehende Lehrkräfte und angehende Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen, Psycholog*innen

¹² <https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=109089&token=df1612a1eaadf2db47abac13effe4f912c44ecc3&sdownload=&n=202108-Migrierte-Lehrkraefte-2021-A4-web.pdf>.

und weitere in den Schulalltag involvierte Berufsgruppen bereits während ihrer Ausbildung die Möglichkeit erhalten, sich **für den späteren Einsatzort Schule zu professionalisieren**. Es ist nicht damit getan, einfach nur Stellen für weiteres Personal zu schaffen, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass die am gleichen Einsatzort arbeitenden unterschiedlichen Professionen auch gut und zum Wohle der Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten.

Das Arbeiten in multiprofessionellen Teams ist kein Selbstläufer, sondern erfordert spezifische Team- und Kommunikationskompetenzen, die strukturiert erworben werden müssen.¹³ Insbesondere im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 wird sich der Bedarf nach pädagogischem Fachpersonal weiter erhöhen, eine neue Studie des Deutschen Jugendinstituts und der TU Dortmund geht von 7.000 zusätzlichen Stellen für NRW aus,¹⁴ entsprechend steigt auch der Bedarf nach umfassender Qualifizierung für die Zusammenarbeit im schulischen Setting.

Lehrer*innengesundheit

*Ein Langzeitarbeitskonto (LAK) solle – so die SPD-Fraktion – installiert werden, um die Attraktivität des Lehrer*innenberufs zu steigern (S. 4). Es soll die Möglichkeit eröffnen, sich Mehrarbeit in Zeiten des Lehrer*innenmangels nicht auszahlen zu lassen, sondern die geleisteten Stunden (verzinst?) anzusparen und sich dann in Zeiten des überwundenen Lehrer*innenmangels in Form von Sabbaticals oder früherer Pensionierung freistellen zu lassen (S. 4).*

Prinzipiell sind moderne Formen der Arbeitszeitgestaltung wünschenswert. Das CHE steht jedoch der Idee eines Langzeitarbeitskontos für Lehrkräfte kritisch gegenüber, zumindest in der hier skizzierten Zielsetzung.

¹³ https://2020.monitor-lehrerbildung.de/export/sites/default/.content/Downloads/Downloads_MultiprofTeams/Monitor-Lehrerbildung_Broschuere_Multiprofessionelle-Teams.pdf.

¹⁴ https://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/user_upload/Plaetze._Personal._Finanzen._Teil_2.pdf.

Langzeitarbeitskonto nicht hilfreich zur Bewältigung des Lehrkräftemangels

In der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Ausgestaltung droht ein **Fehlanreiz wirksam zu werden, nämlich der, sich körperlich und psychisch zu übernehmen.**

Damit wäre dann kein Problem gelöst, sondern das Problem des Lehrkräftemangels nur kurzfristig wirksam vertagt – und damit womöglich noch verschlimmert.

Und: **Wann genau soll denn „Nach dem Lehrermangel“ sein?** Im beruflichen Lehramt etwa ist der Lehrkräftemangel in einigen Fachrichtungen schon seit vielen Jahrzehnten Dauerzustand und auch die jüngsten Berechnungen, etwa von Prof. Klemm zum Lehrkräftemangel im MINT-Bereich, gehen von einer Situation aus, die sich in den nächsten zehn Jahren noch spürbar verschlimmert. Man spricht hier in Mangelfächern also von sehr langen Zeithorizonten, während derer keinerlei Entspannung zu erwarten ist.

Nicht zuletzt würden komplexe Regelungen bezüglich Auszeiten, Pensionierungsdatum und Arbeitsverpflichtung enorm das Monitoring und die Quantifizierung des künftigen Lehrkräftebedarfs erschweren.

Fazit

Insgesamt legt die Fraktion der SPD mit ihrem „Maßnahmenpaket“ Vorschläge vor, die „das Recht auf Bildung für alle Schüler*innen durch qualifiziertes Personal“ (S. 6) sicherstellen sollen. **Das CHE teilt die Zielsetzung grundsätzlich** und hält auch einige der genannten Punkte für sehr unterstützenswert, etwa ...

- die Anzahl der Studienplätze für das Lehramt der Grundschule und Sonderpädagogik auszuweiten.
- Studienabbruch durch lehramtsspezifische fachwissenschaftliche Studienangebote zu verringern.
- Größere Flexibilität bezüglich des Wechsels zwischen den Schulformen zuzulassen.
- Die Besoldung der Lehrkräfte auf A 13 zu vereinheitlichen.
- Zusätzliche Einstiegspunkte in den Lehrkräfteberuf zu schaffen.
- Seiteneinsteiger*innen strukturiert zu qualifizieren.
- Bei Berufskollegs den Ausbildungsweg der Ein-Fach-Lehrkraft zuzulassen.

Der Antrag der SPD-Fraktion stellt jedoch eine sehr umfassende „Wunschliste“ dar, geradezu einen „Rundumschlag“. Prinzipiell ist es natürlich richtig, an verschiedenen Stellen gleichzeitig anzusetzen. Das CHE rät jedoch dazu, ...

- die **vielversprechendsten und wirksamsten Stellschrauben zu identifizieren** – die Überlegungen etwa zur Einrichtung eines Langzeitarbeitskontos sind aus Sicht des CHE nicht überzeugend – und
- bezüglich der **bedarfsgerechten Steuerung stärker beim Lehramtsstudium selbst anzusetzen** und da wiederum weniger auf Planung und Steuerung als auf Motivation und Anreize zu setzen.

Qualität und Quantität zusammen denken

Aus Sicht des CHE ist die mittel- und langfristige **Sicherung gut qualifizierten Lehrkräftenachwuchses die beste Strategie für mehr Bildungsgerechtigkeit:**

Nordrhein-Westfalen sollte die hohen Anforderungen an die Qualifikation der Lehrkräfte (zur Sicherung der Qualität) beibehalten, aber auch flexibler als bisher verschiedene Wege eröffnen, eine entsprechende Qualifikation zu erreichen.

Diese neuen Zugangswege würden gleichzeitig – an verschiedenen Punkten ihrer Bildungs- und Berufsbiografie – mehr geeignete und nicht-traditionelle Personen ins System bringen. **Nordrhein-Westfalen würde so den existierenden Exit-Points neue und flexible Entry-Points entgegensetzen.** Dieses Ziel gilt auch für zugewanderte Lehrkräfte, die bislang oft große Probleme haben, ihre Qualifikation in Deutschland anerkennen zu lassen.

Impressum

Herausgeber

CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung
Verler Straße 6
D-33332 Gütersloh

Autor*innen

Bianca Brinkmann, Senior Projektmanagerin
Ulrich Müller, Leiter politische Analysen
Annika Reketat
Melanie Rischke, Senior Projektmanagerin

Kontakt

Telefon: +49 (0) 5241 97 61 0
Telefax: +49 (0) 5241 97 61 40
E-Mail: info@che.de
Internet: www.che.de

Heute steht ein Studium nahezu jedem offen.

Hochschulen und Politik müssen ein erfolgreiches Studium ermöglichen. Wir bieten ihnen dafür Impulse und Lösungen.

Alle Studieninteressierten sollen das passende Angebot finden. Wir bieten ihnen die dafür nötigen Informationen und schaffen Transparenz.